

Vossische



1704

Mit
Kurzzettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Verlagsdruck-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 9600-3668, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3666-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 600.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhart, Verantw. Redaktionsrat: Hans G. Handloppstein, Carl Miesch, Berlin, Ullstein.

Manuskripte werden nur zu akkordiert, wenn Porto beiliegt.

Weltkongress für den Frieden?

Papst und Kirche im Kampf gegen den Krieg

Rom, Ende Januar

Schon in seiner ersten Enzyklika hatte Pius XI. seine Absicht angedeutet, das 1869 wegen der politischen Ereignisse vorzeitig gelöste Weltkongress wieder einzuberufen und zu einem weltweiten Volksfest zu führen. Damals fragte man sich, wie diese Absicht verwirklicht werden sollte, so lange der Zustand der Spannung zwischen Vatikan und Nationalstaaten der Papst die Angehörigen der Kirche aus aller Welt also nicht einmal auf eigenem Grund und Boden hätte empfangen können.

Jetzt haben die Väterland-Verträge eine völlig neue Situation geschaffen, die eine Wiederannahme des Kongresses ohne weiteres gestatten würde. Wenn die umlaufenden Gerüchte sich bestätigen, dann würde es sich um ein Kongress handeln, das nicht nur die üblichen Probleme der Kirche, sondern darüber hinaus auch eine allgemein menschliche Aufgabe zu lösen hätte: nämlich einen wichtigen Baustein für das erstbete Ende des Weltfriedens bereitzustellen.

Kardinal Villot, dessen Gesandtschaft im kommenden Juni erfolgen soll, hat in seinem Vortrag über die Kongresse und die Kirche die wichtigsten Verhältnisse aufgezeigt, die die Kirche zur Einberufung eines Kongresses veranlassen könnten. Es kann sich dabei nur um ganz schwerwiegende Gründe handeln, denn es ist klar, daß ein solcher Kongress, abgesehen von den unangenehmen Folgen, die damit für die Kirche verbunden wären, durch die Notwendigkeit, die Abschlüsse aus der ganzen Welt für längere oder kürzere Zeit

nach Rom zu versetzen, nur eine Ausnahmemaßnahme darstellen darf.

Belarmin hat ein Kongress begründen zu können geltend:

1. wenn eine Regierung in feindseliger Weise zu verhandeln,
2. eine Kirchenpaltung zu unterbreiten,
3. ein die Kirche bedrohendes, schweres Übel abzuwenden,
4. der Kirche zu reformieren.

Man versteht, daß Pius XI. dem Kongress die Einführung über die Einführung eines neuen Dogmas, nämlich dem der Unverletzlichkeit Marias (Dogma von bisher nur die unbestätigte Cynjansin) unterbreiten würde, was also dem fünften Punkt der bellarminischen Forderungen entsprechen würde; daß aber auch der dritte Punkt, wenn auch vielleicht unausgesprochen, eine wichtige Rolle spielen würde: ein die Kirche bedrohendes schweres Übel abzuwenden.

Der Weltkongress hat die Kirche gefehlt, daß die Kirche unterer Zeit unendlich von ihren Ausweisungen unter dem Namen aus die Kirche auf das allerschwerste bedrohen können. Die Mittel, über die die Kirche verfügt sind natürlich nicht diplomatische Formeln, die von den Staaten unterbreiten werden, sondern die Richtlinien, die von den Propheten des Glaubens in allen Ländern mitgeteilt werden könnten, um die geistige Atmosphäre für den Weltfrieden zu schaffen und zu festigen. Jeder Weltkongress werden zugehen müssen, daß eine einseitige Aktion der katholischen Kirche in diesem Sinne die in der ganzen Welt auf das gleiche Ziel hinwirken würde, nicht ohne Wirkung bleiben müßte. In früheren Zeiten erlegten die Päpste zu den Kongressen die Monarchen der Welt oder ihre Botschafter, wenn auch nicht als Richter, so doch als „Beobachter“ einzuhalten. Man darf annehmen, daß die Kirche diesen Versuch als stillschweigend verlassen ansehen und schließlich die Botschafter beim Vatikan zur feierlichen Einführung des Kongresses einladen würde. Mario Passare.

Carl Heinrich Becker

von
Dr. Werner Mahloß

Selten einmal wagt ein Mensch so allmählich in seine eigentliche Lebensaufgabe, durch die er einen historischen Moment in seinem inneren Sinne mit persönlicher Festlegung zu erfüllen hat, hinein, wie dies Carl Heinrich Becker, dem Leiter der preußisch-deutschen Kulturpolitik, seit nunmehr zehn Jahren vorgemittelt gewesen ist. Nach einer solchen, aber normalen Professorenlaufbahn als Solam-Forscher wird Becker (Juni 1916) Vortragender Rat für die Universitätsangelegenheiten im preussischen Kultusministerium. Drei Jahre später, mitten in den Wirren der Revolution, übertrug ihm der als Staatssekretär die kaisersche Regierung der Geschäfte: nämlich ist damals (Juni 1918) und mit der parlamentarischen Staatsform, der Demokrat Trüblich und der Zentrumsmann Wiltmann, wird vorwiegend politisch beschäftigt. So ruht auf Becker die Last der geistigen Verantwortung für die Bildungspolitik, die unter den schwereligen inneren und äußeren Bedingungen getrieben werden muß.

Die äußeren Schwierigkeiten zuerst: sie ergaben sich aus der allgemeinen politischen Situation. Durch mußte für Staat und Kirchen, für Kirche und Gewerbe, die bis Funktionieren des ganzen staatlich-geistigen Apparates gefordert werden: Bildung? Kultur? Zu lieber Gott, das waren Anlegenheiten des Maßstabes, der zuherigen Zeiten. Und trotzdem: auch die Fragen der Bildung, der Schulen, der Hochschule liegen sich nicht abweisen. Es galt; tatkräftig für sie einzutreten; der Dauerkampf zwischen Finanzminister und Kultusminister begann.

Becker und bedauernd waren die inneren Schwierigkeiten: er erkennt und bejaht angepaßt zu haben, ist das eigentliche und bleibende Verdienst des scheidenden Kultusministers, ist die Tat, die ihm das Recht gibt, von den zehn Jahren seiner Arbeit erst als Staatssekretär, dann, nach einem halbjährigen Intermezzo als Minister im Jahre 1921, seit 1923 wieder dauernd als Minister, als von der „A e t e r“ zu sprechen, so wie man von einer Vera Humboldt oder Fritz reben darf.

Aber hat Becker von Anfang an gefehlt, daß es galt, der Kulturpolitik des Staates die entscheidende Bedeutung vom Christenstaate zur Demokratie mit zu lassen; daß es darauf ankam, liberalen Konsequenzen in einer Richtung zu gehen, die der alten konservativen preussischen Kulturpolitik schrittweise zuwider liefen; daß es gleichmäßig wertvoll und wichtig, diese ganze Umstellung nicht fertig, nach Schlagworten des Tages, revolutionär-überstürzt, sondern allmählich, bei hundertmal so vielfacher Überlegung der Konsequenzen jede Schritte vorzunehmen. Es galt, mit drei Tönen, neue geistige Grundlagen der Kulturpolitik aus der veränderten staatlichen, gesellschaftlichen und geistigen Situation der Nation herauszuarbeiten; es galt diese neuen Prinzipien in die Wirklichkeit eines festliegenden, überlieferten Verwaltungssystems einzubauen, resp. dieses System neu einzurichten und umzuformen; und es galt endlich, all diese imfluierende geistige und organisatorische Arbeit so zu tun, daß revolutionäre Neuerungen verwirklicht wurde; und daß für die neuen Ideen durch Werbung bei den Menschen, durch Appell an Herz und Verstand der Regierten Raum und Zugehörigkeit würden.

Und hier nun geht es sich, wie ein Mensch auf sein Ziel zuzuwachen kann: am Anfang von Becker ein Gelehrter, und zwar auf den ersten Schritt der Verantwortung, dann gewandt er als Vortragender Rat Verwaltungspraxis; als Beamteträger hatte er Zeit und Gelegenheit, (sich in die Geschäfte einzubringen und die Problematik einer Kulturpolitik zu durchdenken, aus deren Elementen er dann als leitender Staatsmann neu-bauend gestalten konnte.

Stimmungen, das Berufswort Beckers, ist keine enge Spezialität, sondern im Gegenteil ein Fach, das weiten Blick auf alle Geistes- und menschlichen Daseins offenbart, das Ganze einer Kultur in Werden und Sein umfassen lehrt, das Ganze für fremdes Leben in seiner Verantwortlichkeit und Gültigkeit. So blieb der Gelehrte Becker (auch nur Einseitigkeit des Blickes frei. Diese geistliche Erziehung zur Totalität dieser unübersteiglichen Drang, gepaart mit einem starken und klaren Blick für Zusammenhänge hat auch späterhin den Kulturpolitiker ausgeprägt: er mußte sich die Einzelmaßnahmen nicht in die großen Zusammenhänge einordnen, aber er hat Urteil dafür gewogen, ob sie brauchbar, nämlich, zeh-

Beitragen über Ungarns Zwangslage

Stürmische Parlamentsdebatte

Budapest, 30. Januar / Ullstein-Nachrichtendienst

Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses, in der Ministerpräsident Graf Bethlen über die Ergebnisse der Wiener Konferenz Bericht erstattete, verlief äußerst bewegt. Bethlen erklärte, die in Bonn erzielten Verhandlungsergebnisse seien das Maximum dessen, was unter den gegenwärtigen Umständen für Ungarn zu erzielen gewesen sei. Er wies auf die Zwangslage hin, die die ungarische Regierung nützte, die getrennten Verhandlungen abzuschließen, um so dem Lande viel größere Schäden zu ersparen.

Die Opposition, in erster Reihe die Sozialdemokratische Partei, unterband die Rede des Ministerpräsidenten durch fortwährende Zwischenreden. Als Bethlen von der Lösung der Ostpannenfrage sprach, riefen ihn Sozialdemokraten an, er habe hauptsächlich die Interessen des Abgeordnetenhauses vernachlässigt und auch an seine in Wien erzielten Beschlüsse nicht getreten. Die Debatte von

Kriegsgeldobligationen würden im Gegensatz zu den Ostpannen für ihre Wertlos gewordenen Besitzer keine Entschädigung erhalten.

Der Führer der bürgerlich-demokratischen Opposition, Karl Raas, erklärte unter heftigem Widerspruch der Regierungspartei, daß sowohl die Taktik, die die Regierung vor der Wiener Konferenz befolgt habe, als auch die Art und Weise der Wiener Verhandlungen verfehlt gewesen seien. Vor der Konferenz habe Rumänien entgegen dem Ostpannen nicht gehalten. Die Wiener Verhandlungen hätten aber den Beweis des Gegenteils erbracht. Bethlen erklärte, die ungarischen Steuerbehörden würden die von zwei Mitgliedern der ungarischen Delegation seien überdes an der Lösung der Ostpannenfrage auch persönlich interessiert gewesen.

Graf Albert Apponyi wies darauf hin, daß die Regierung im Falle eines nicht langfristigen Kampfes anknüpfen mußte. Er gab der Forderung Ausdruck, daß jetzt auch innerpolitisch die entsprechenden Verhandlungen anzusetzen würden und daß auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik Maßnahmen zur Bänderung der bestehenden Verhältnisse getroffen werden.

Diese Verhandlungen nehmen übrigens, wie uns von beteiligter Seite berichtet wird, einen durchaus normalen Verlauf. Das man praktisch noch nicht allzu weit dabei gekommen ist, erklärt sich einmal aus der bedeutenden Gegenwärtigkeit der Einseitigkeit, und der beide Parteien an die besten wirtschaftlichen Probleme heranzutreten sind, deren Lösung die Entscheidung für die politische Mitglieder der Staat an Deutschland ist, zum anderen Teil aus der bereits fast Boden durchdrungen Abwesenheit der teilgebenden Mitglieder der französischen Regierung, die die französische Verhandlungsdelegation begrifflicherweise zu einer gewissen Reserve zwingt.

Wolfschäfer Hoersch in Berlin

Berlin, 31. Januar / Ullstein-Nachrichtendienst

Wolfschäfer Hoersch ist gestern nach Berlin gereist. Die Berliner Presse bringt diese Besuche im Zusammenhang mit der Saarfrage und einzelne Blätter wollen bereits wissen, daß Herr von Hoersch nach Berlin gehen werden, um über den Stand der deutsch-französischen Verhandlungen, die offenbar erst auf einem hohen Punkt stehen. Bericht zu erhalten. Wie aus vorläufigen Gesprächen hervorgeht, er habe hauptsächlich die Erfüllung in seiner Rede den Verhandlungen. Herr von Hoersch plant jetzt Götting nach jeder großen internationalen Konferenz nach Berlin zu kommen, um sich dort an Ort und Stelle über die neuesten Beschlüsse zu unterrichten. Seine diesmahlige Reise dürfte in erster Linie persönlichen Informationen über die Konferenz-ergebnisse zum Rang gelten.

Mit den Saarverhandlungen, die von einer besonderen Delegation unter der Führung des Staatssekretärs von Simon geleitet werden und mit denen die Volksrat als solche direkt nichts zu tun hat, sieht es in keiner Zusammenhänge.

Deutsch-rumänische Verlobung

Bukarest, 31. Januar / Ullstein-Nachrichtendienst

Auf dem Schloß Cotroceni fand gestern die feierliche Verlobung der Prinzessin Elena, der Tochter der Königin-Mutter Maria, mit dem Grafen Alexander Hohenzollern, dem Sohn des Fürsten von Pfalz, statt. An der Verlobung nahmen die Mitglieder der königlichen Familie und der Regierung sowie Ministerpräsident Hanu sein.